

Sorgfältiges Studium der Parteibeschlüsse verhindert Dogmatismus und Formalismus

Von HEINZ STROHBACH, Oberassistent, und GÜNTER ROHDE, Assistent
am Institut für Zivilrecht der Humboldt-Universität Berlin

Die in letzter Zeit in der „Neuen Justiz“ veröffentlichten Beiträge, vor allem die Untersuchungsergebnisse der Brigaden des Zentralkomitees der SED, bestätigen die Feststellung der staats- und rechtswissenschaftlichen Konferenz in Babelsberg, daß einzelne Richter und Staatsanwälte von der parteiichen Rechtsanwendung abgegangen, daß Tendenzen des Liberalismus und Subjektivismus, des Dogmatismus und Formalismus in der Rechtsprechung aufgetreten sind¹. Verschiedene Umstände werden als Ursache dafür genannt: ungenügende Kollektivbildung, fehlende politische Auseinandersetzungen in Dienstbesprechungen, Nichtbeachtung der Parteibeschlüsse, mangelnde Anleitung durch Dienststellenleiter und Justizverwaltungsstellen.²

Das Vorhandensein der verschiedenen Faktoren, ihre wechselseitige Bedingtheit, ihr Zusammenwirken — alles das wird nicht in Frage gestellt. Jedoch muß man nach dem Aufspüren dieser Umstände einen Schritt weitergehen, um das Hauptkettenglied zu finden, mittels dessen die bestehenden Mängel beseitigt werden können: Das Studium der Beschlüsse der SED und der tägliche Kampf um ihre Verwirklichung ermöglichen es, über den Horizont des eigenen Arbeitsbereichs hinaus den Zusammenhang der Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens zu erkennen, gewissermaßen „hinter die Dinge“ zu sehen. Die Parteibeschlüsse zeigen die Perspektive der Entwicklung im allgemeinen und im einzelnen und geben dadurch die für eine fruchtbare politisch-fachliche Arbeit jederzeit notwendige Orientierung. Ihre umfassende Bedeutung wird bisher noch nicht überall in vollem Maße erkannt; das bedeutet letzten Endes, daß die Rolle der SED im Mechanismus der Diktatur des Proletariats in der DDR nicht verstanden wird. Die Meinung, die Beschlüsse des Zentralkomitees der SED seien eine innerparteiliche Angelegenheit, sie beträfen nur die Parteiarbeit im engeren Sinne, also die gesellschaftliche Arbeit innerhalb der Grundorganisationen der SED, ist noch nicht restlos überwunden. Die Praxis lehrt, daß eine solche Haltung zu ernststen Schwächen in der Arbeit führt. Die bereits erwähnten Brigadeberichte zeigen deutlich, daß kein Staatsanwalt und Richter ohne gründliches Studium der Parteibeschlüsse, ohne ständige Anwendung der Beschlüsse in der täglichen Arbeit in der Lage ist, das sozialistische Recht der DDR im Interesse der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten richtig anzuwenden.

Mit vorliegendem Beitrag soll die Bedeutung der Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse für den Kampf gegen Erscheinungen des Formalismus und Dogmatismus in der Rechtspraxis gezeigt werden®.

¹ Streit, Für einen neuen Arbeitsstil in der Justiz, NJ 1958 S. 386 ff.; Kern, Die führende Rolle der Partei in der Justizarbeit verwirklichen, NJ 1958 S. 440 ff.

² vgl. Spranger/Wunsch, Überwindung von Mängeln in der Arbeit der Justizorgane und der Staatsanwaltschaft im Bezirk Magdeburg, NJ 1958 S. 267 ff.

³ Die Ausführungen beschränken sich auf die Sphäre der Rechtsanwendung; die Bedeutung der Beschlüsse der Partei für die Verbesserung der massenpolitischen Arbeit der Justiz und für die Rechtswissenschaft soll hier nicht untersucht werden — vgl. dazu Ulbricht, Die Staatslehre des Marxismus-Leninismus und ihre Anwendung in Deutschland, Berlin 1958; Kröger, Zu einigen Fragen der Entwicklung der marxistisch-leninistischen Rechtswissenschaft und ihren Aufgaben beim Aufbau des Sozialismus in der DDR, Einheit 1958 S. 639; sowie die Beiträge in Staat und Recht 1958 Heft 5/6.

I

1. Der unterschiedliche Entwicklungsstand im Osten und Westen Deutschlands offenbart den Hauptwiderspruch in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation Deutschlands: den Widerspruch zwischen der in Westdeutschland und Westberlin herrschenden Finanzoligarchie einerseits und der deutschen Arbeiterklasse andererseits. Das Besondere hieran ist, daß die deutsche Arbeiterklasse in der DDR ihre eigene Staatlichkeit geschaffen und damit das Kräfteverhältnis zwischen Monopolbourgeoisie und Proletariat zugunsten der revolutionären Seite des Hauptwiderspruchs entscheidend verändert hat. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, der bewußte und organisierte Vortrupp der deutschen Arbeiterklasse, führt diesen Staat der DDR, dessen Funktion es ist, durch Festigung und Sicherung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und Organisation des weiteren Aufbaus des Sozialismus in der Republik zur Lösung des klassenmäßigen Hauptwiderspruchs in Deutschland und damit zur Wiedervereinigung unseres Vaterlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage beizutragen. Die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus befähigt die Partei zur Erfüllung dieser großen Aufgabe. Gestützt auf die marxistisch-leninistische Theorie, arbeitet die SED in bewußter Anwendung der erkannten, objektiv in der Gesellschaft wirkenden Gesetzmäßigkeiten in jeder Etappe des sozialistischen Aufbaus die Linie für die Tätigkeit der Organe des Staates der Arbeiter-und-Bauern-Macht und der gesellschaftlichen Organisationen der Werktätigen aus. Unter dieser Führung der Partei wendet der Staat das sozialistische Recht als ein Instrument zur Regelung der für die Festlegung und Sicherung der sozialistischen Ordnung und die Interessen der Werktätigen wichtigen gesellschaftlichen Verhältnisse an.

2. Der Prozeß des sozialistischen Aufbaus und der weiteren Festigung und Sicherung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR ist seinem Wesen nach sowohl ökonomischer und politischer als auch ideologischer Klassenkampf. Er bedeutet vor allem die Stärkung der revolutionären Seite des gegenwärtigen Hauptwiderspruchs in Deutschland, aber auch die Lösung zahlreicher Widersprüche nichtantagonistischer Art unter der Bevölkerung der Republik. Die Funktionäre in der Justiz müssen bereit und fähig sein, in ihrer praktischen Arbeit täglich aufs neue diesen Kampf zu führen. Bereitschaft und Fähigkeit hierzu wachsen in dem Maße, wie sich das Verständnis für die Grundfragen der Politik der SED und unseres Staates der Arbeiter und Bauern mehrt.

In den Parteibeschlüssen wird die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus auf die konkreten Bedingungen der Übergangsperiode in Deutschland angewendet. Von Etappe zu Etappe wird die ideologische und politisch-organisatorische Grundlage für die weitere ökonomische und politische Festigung der DDR, für die Verbesserung des Arbeitsstils im Staatsapparat und seine weitere Annäherung an die Massen erarbeitet. Die vielfältigen Probleme, die sich in der internationalen und nationalen Arbeiterbewegung sowie im gesellschaftlichen Leben der Republik ergeben, finden ihre wissenschaftliche Verallgemeinerung.